

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 29. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. Januar 2007, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Politische Bildung im Ostseeraum	4
Berichterstatter: - Dr. Karl-Friedrich Nonnenbroich, stellvertretender Leiter der Landeszentrale für politische Bildung - Dr. Christian Pletzing, Akademieleiter der Academia Baltica	
2. Integrierte Meerespolitik	9
Mündlicher Bericht der Landesregierung (überwiesen am 12. Oktober 2006 zur abschließenden Beratung)	
3. Für eine saubere und gesunde Ostsee und saubere und gesunde Meere in Europa!	10
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1140 (überwiesen am 15. Dezember 2006)	
4. Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation in der Region Syddanmark/Schleswig: Leuchtturmprojekte in der deutsch-dänischen Grenzregion	13
Berichterstatter: St Heinz Maurus, Chef der Staatskanzlei	
5. Verschiedenes	17
- Verfahrensfragen: EU-Bürgeranhörung und Nordseekooperation	

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Politische Bildung im Ostseeraum

Berichterstatter: Dr. Karl-Friedrich Nonnenbroich, stellvertretender Leiter der Landeszentrale für politische Bildung
Dr. Christian Pletzing, Akademieleiter der Academia Baltica

Herr Dr. Nonnenbroich, der stellvertretende Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, berichtet zur politischen Bildung im Ostseeraum, es finde seit 32 Jahren ein Pädagogenaustausch zwischen Schleswig-Holsteins und der Woiwodschaft Opole statt. Vor vier Jahren sei die Kooperation auch auf die Partnerregion Schleswig-Holsteins, die Woiwodschaft Pomorskie ausgeweitet worden. Jedes Jahr besuchten im Wechsel deutsche Lehrer die polnischen Regionen oder polnische Lehrer Schleswig-Holstein. Ein Teil des Austausches sei immer auch kultureller Art sowie politische Landeskunde. Der Pädagogenaustausch werde gemeinsam mit der Deutschen Auslandsgesellschaft in Lübeck durchgeführt.

Herr Dr. Nonnenbroich berichtet weiter, der Austausch mit Kaliningrad gestalte sich schwieriger, weil die Finanzierung von schleswig-holsteinischer Seite übernommen werden müsse. Der Landtag habe zweimal einen Zuschuss von 2.000 € gewährt, durch den Wegfall dieses Zuschusses habe der Austausch im vergangenen Jahr leider nicht stattfinden können. Man plane, im Rahmen eines Seminars mit baltischen und polnischen Lehrern ebenfalls eine kleine Gruppe russischer Lehrer einzuladen.

Ein weiterer wichtiger Programmpunkt sei das sogenannte INCLUDEME-Projekt, bei dem es um die Fort- und Ausbildung von Lehramtskandidaten gehe, und zwar mit den Ländern Estland, Litauen, Deutschland, Holland, Belgien und Spanien. Das Projekt gehe auf eine Initiative des IQSH und der Landeszentrale für politische Bildung zurück. Es sei auch deshalb mit sehr großem Erfolg gelaufen, weil die EU 98 % der Kosten übernommen habe. Die Lehramtskandidaten hätten im Ausland Gelegenheit, unter Betreuung eines Mentors selbst Unterricht zu erteilen. Frau Prof. Wild vom Lehrstuhl für Pädagogik der Universität Bielefeld habe die Evaluation des Programms durchgeführt. Das Projekt sei so gut gelaufen, dass die EU-Kommission von sich aus ein Folgeprojekt angeboten habe. Dabei solle auf Wunsch der Europäischen Kommission auch Tschechien in das Programm aufgenommen werden. Eine Auf-

stellung aller Zahlen und Fakten finde sich in der Broschüre INCLUDEME oder im Internet unter www.includeme.info.

Das Projekt sei als SOKRATES-COMENIUS-2.1-Projekt finanziert worden. In der zweiten Jahreshälfte werde ein weiteres Projekt aus SOKRATES-Mitteln finanziert.

Die Landeszentrale habe zehn Jahre lang Fortbildungsprogramme für Bürgermeister und kommunale Vertreter aus Estland und Litauen durchgeführt. Dabei seien die Aufwendungen vor Ort bis auf die Fahrtkosten von der Landeszentrale übernommen worden. Diese Fortbildungen hätten einen theoretischen und einen praxisorientierten Anteil beinhaltet, der auch Besuche vor Ort eingeschlossen habe. Die Zusammenarbeit habe sich sehr bewährt, es seien unter anderem fünf Städtepartnerschaften daraus hervorgegangen.

Über einen Zeitraum von drei Jahren sei zudem eine Fortbildung von Schulleitern aus Estland in Schleswig-Holstein durchgeführt worden. Dabei seien den Gästen unter anderem unterschiedliche Schularten in Schleswig-Holstein vorgestellt worden.

Seit zehn Jahren finde zudem die Fortbildung der litauischen Polizeiführung statt. In achttägigen Seminaren würde den Teilnehmern Theorie und Praxis nahe gebracht. Es gebe mehrere Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der Polizei. Ein Teil der Ausbildung bestehe auch in konkreter politischer Bildung, zum Beispiel im Hinblick darauf, dass Litauen bald das Schengen-Abkommen ratifizieren werde. In der Ausbildung habe man besonderen Wert darauf gelegt, zu zeigen, was offene Grenzen konkret bedeuteten. Diese Seminare seien vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein bezuschusst worden.

Im vergangenen Jahr sei zudem – auch durch den Zuschuss des Landtages – aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums der Bonn/Kopenhagener Erklärungen ein Seminar für Minderheiten rund um die Ostsee durchgeführt worden.

Ein im November begonnene neue Projekt laufe unter dem Titel „Political and Economical Education in der Baltic Sea Region“. Dieses werde gemeinsam mit Herrn Professor Kruber vom Institut für Politische Wissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel durchgeführt. Mit verschiedenen Partneruniversitäten verfolge man das Ziel, zu einer Vereinheitlichung der Ausbildung von Politiklehrern zu gelangen und die Lehrpläne von Politiklehrern rund um die Ostsee zu vereinheitlichen. Ein Antrag auf Förderung durch die Europäische Union sei gestellt. Wichtig sei dabei auch eine enge Rückkopplung an die Praxis. Das Projekt sei zunächst auf drei Jahre angelegt, solle aber fortgesetzt werden, wenn es sich in der Praxis bewähre. Man sei von allen Seiten sehr an einer Zusammenarbeit interessiert. Von polnischer

Seite sei der Vorschlag gemacht worden, eine Veranstaltung auch in Polen auf Kosten der dortigen Gastgeber durchzuführen.

Abg. Höfs interessiert, ob die von Herrn Dr. Nonnenbroich kurz angesprochene Ausbildung der Bürgermeister im Hinblick auf die Abfallentsorgung in den jeweiligen Heimatgemeinden Erfolg gezeigt habe.

Herr Dr. Nonnenbroich antwortet, zwar sei im Bereich der Müllentsorgung keine Übernahme schleswig-holsteinischer Modelle zu beobachten, jedoch in anderen Bereichen sehr wohl, zum Beispiel in sozialen Fragen. Man habe unter anderem in Litauen ein Pflegeheim unter der Führung des Kreises eingerichtet.

Abg. Ritzek interessiert, wie die Schulen Informationen über diese Bildungsprogramme erhielten. – Herr Dr. Nonnenbroich führt aus, die Einladung zum Pädagogenaustausch gehe an alle schleswig-holsteinischen Schulen. - Zur Frage des Abg. Ritzek zur „Political and Economical Education“ stellt Dr. Nonnenbroich klar, die Ausbildung zum Politiklehrer solle längerfristig inhaltlich vereinheitlicht werden. So solle zum Beispiel das Thema Globalisierung als wichtiges Thema in der Ausbildung aller Politiklehrer eine Rolle spielen. Über diesen Weg solle auch eine Annäherung der Lehrpläne im Ostseebereich erreicht werden. Es sei ein sehr lohnenswertes Projekt, das einzigartig und für Schleswig-Holstein ganz neu sei.

Der Leiter der Academia Baltica, Dr. Christian Pletzing, führt zum Thema Bildung im Ostseeraum aus, man betrachte eine zweigeteilte Landschaft aus skandinavischen Staaten einerseits mit einer langen Tradition der Erwachsenenbildung und den neuen EU-Mitgliedstaaten auf der anderen Seite, in denen politische Bildung als Staatsbürgerkunde aufgefasst werde und dem Verdacht politischer Indoktrination unterliege. Es komme erschwerend hinzu, dass es im östlichen Ostseeraum bis auf wenige Ausnahmen nur sehr wenige Träger politischer Bildung gebe.

International tätige Bildungsorganisationen wie zum Beispiel die Stiftung Kreisau für europäische Verständigung, die entweder in Deutschland oder Skandinavien gegründet wurden oder von dort aus finanziert werden, seien vielfach unter den wenigen vorhandenen Trägern.

Politische Bildung werde im Ostseeraum vor allem durch kleine Initiativen und Nicht-Regierungsorganisationen geleistet.

Herr Dr. Pletzing identifiziert fünf Aufgaben, die politische Bildung im Ostseeraum übernehmen müsse. Eine erste Aufgabe der politischen Bildung sei, mit dem Erbe des Sozialismus

umzugehen. Man habe anders als in Deutschland nach der Wende 1989 in Osteuropa die Akten geschlossen, Einrichtungen wie die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gebe es entweder noch nicht oder erst seit sehr kurzer Zeit. In Russland und Weißrussland werde Aufklärungsarbeit im Hinblick auf stalinistische Verbrechen vor allem durch oppositionelle Kräfte geleistet. Auf einer breiten Ebene sei das Thema Aufarbeitung des sozialistischen Erbes nur wenig beachtet, hier gebe es großen Handlungsbedarf.

Eine zweite Aufgabe politischer Bildung bestehe darin, die noch immer vorhandenen Nachwirkungen des zweiten Weltkriegs zu relativieren. So seien die Themen Vertreibung und Beteiligung osteuropäischer Bürger am Holocaust nach wie vor politisch hoch brisante Themen.

Die Entwicklung der Bürgergesellschaft sei eine dritte Aufgabe politischer Bildung. Besonders in den baltischen Staaten mit relativ großen Anteilen an Minderheiten gelte es, eine Staatsbürgernation zu formen, die auf staatsbürgerlichem Bekenntnis und nicht auf ethnischer Zugehörigkeit beruhe. Den Angehörigen der Minderheiten müsste zudem die Möglichkeit gegeben werden, politisch zu partizipieren. Die Entwicklung einer Bürgergesellschaft müsse auch berücksichtigen, dass es in den Staaten des ehemaligen Ostblocks keine tradierten politischen Milieus gebe, was auch die hohe Beweglichkeit von Wählern zwischen einzelnen Parteien sowie die Beweglichkeit von Politikern zwischen diesen Parteien erklären könne. Parteien seien keine wichtigen Träger politischer Bildung, aus diesem Grund müsste diese Aufgabe durch andere Institutionen übernommen werden.

Ein vierter Aspekt politischer Bildung sei die Frage des Verhältnisses zu Russland. Die Frage des Umgangs mit Russland sei zweigeteilt. Einerseits gehe es um die Bedeutung der russischen Minderheiten in den baltischen Staaten und andererseits um den Aspekt, dass Russland als einziges Nicht-EU-Mitglied in die Prozesse integriert werden müsse. Dieses Thema sei extrem umstritten.

Als fünften Punkt nennt Herr Dr. Pletzing die Tatsache, dass sich der Ostseeraum zur europäischen Region mit der stärksten Wachstumsrate entwickelt habe. An dieser Entwicklung hätten allerdings die norddeutschen Küstenländer keinen sehr großen Anteil. Aus diesem Grund seien Investitionen in Bildung und Wissen notwendig. Ostseekompetenz sei eine wichtige Zusatzqualifikation für junge Menschen im Land.

Zusammenfassend führt er aus, dass besonders junge Menschen als Zielgruppe politischer Bildung ins Auge gefasst werden müssten, zum Beispiel durch internationale Sommerkurse und Akademien. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch die Frage, wie man junge Men-

schen dazu gewinnen könne, Auslandserfahrungen im Ostseeraum zu sammeln. Des Weiteren biete es sich auch an, neue Methoden wie zum Beispiel das E-Learning einzusetzen. Der Baltic Sea Virtual Campus der Fachhochschule Lübeck sei hier ein guter Ansatz.

Träger der politischen Bildung in Schleswig-Holstein seien vor allem die Landeszentrale für politische Bildung, die Academia Baltica und auch die Akademie in Sankelmark.

Abg. Dr. Klug weist darauf hin, dass es in Russland seiner Kenntnis nach eine neue Art der Staatsbürgerkunde gebe, bei der Russland als eigener Zivilisationstypus herausgestellt werde und die durch die russische Führung gefördert werde. Ihn interessiert, ob Herr Dr. Pletzing mit dieser Art der politischen Bildung schon in Kontakt gekommen sei. - Herr Dr. Pletzing antwortet, die Studierenden, mit denen er hauptsächlich zu tun habe, stammten aus Kaliningrad oder Sankt Petersburg und seien häufig sehr westlich orientiert.

Auf eine Nachfrage der Vorsitzenden führt Herr Dr. Pletzing aus, die Auswahl der Teilnehmer zu Sommerakademien erfolge durch Dozenten aus den Herkunftsländern der Teilnehmer. Man könne dabei auf das Netzwerk der Ostseeakademie zurückgreifen. Nach einer Vorauswahl durch die Dozenten vor Ort überprüfe die Academia Baltica noch einmal die Unterlagen sowie die Sprachkenntnisse der potenziellen Teilnehmer. Dieses Konzept habe sich bewährt.

Auf eine Nachfrage des Abg. Müller spricht Herr Dr. Pletzing an, man habe sich intensiv um Kontakte zu Schulen besonders in der jüngeren Vergangenheit bemüht, unter anderem um den Austausch von Auszubildenden im Ostseeraum zu fördern. In diesem Zusammenhang habe man auch eine Informationsbroschüre erstellt. Es gebe zudem Kooperation mit den Europaschulen.

Abg. Ritzek lobt das Engagement bei jüngeren Leuten, hebt aber hervor, dass auch ältere Menschen nicht vergessen werden dürften. Ihn interessiert, ob es Kontakte zwischen der jüngeren und der älteren Generation, die vielfach in Landsmannschaften organisiert sei, gebe. - Herr Dr. Pletzing führt aus, dass landsmannschaftliche Vereinigungen oft wenig in der Lage seien, junge Leute zu begeistern, dennoch gebe es im Rahmen einiger Veranstaltungen Kontakte zwischen der jüngeren und der älteren Generation, die häufig im informellen Rahmen zu sehr interessanten Diskussionen führten. Eine Schwierigkeit sei, Studierende zum Besuch solcher Veranstaltungen zu motivieren.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Integrierte Meerespolitik

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 12. Oktober 2006 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Für eine saubere und gesunde Ostsee und saubere und gesunde Meere in Europa!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1140

(überwiesen am 15. Dezember 2006)

Abg. Ritzek plädiert dafür, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen, da im Grünbuch verschiedene Säulen bereits erwähnt seien. Deshalb müsse der Umweltbereich nicht zusätzlich erwähnt werden. Man solle sich bei der Ostseeparlamentarierkonferenz zudem auf ein Themengebiet konzentrieren, auf dem man kompetent sei. Die Koalitionspartner planten, sich auf die Innovationsoffensive „European Clean Ship“ beziehungsweise den Landanschluss für Schiffe zu fokussieren.

Die Vorsitzende führt aus, man habe sich innerhalb der deutschen Delegation der Ostseeparlamentarierkonferenz schon darauf verständigt, im Vorwege der Resolution einige Vorgaben zu machen.

LD Dr. Schöning führt aus, es sei Konsens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 15. Ostseeparlamentarierkonferenz gewesen, dass sich die Parlamente als Nachbereitung und als Vorbereitung auf die nächste Konferenz mit den behandelten Themen auseinandersetzen sollten. Bei der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz, die 2007 in Berlin stattfinden werde, gebe es zwei gleichberechtigte Themenschwerpunkte, die „Integrierte europäische Meerespolitik“ und der Themenbereich „Arbeit und soziale Dimensionen in Europa“. Das Thema „Integrierte Meerespolitik“ sei auf Initiative der schleswig-holsteinischen Delegation auf die Tagesordnung gekommen, deshalb sei es sehr wichtig, sich zu diesem Themenbereich zu Wort zu melden. Problematisch sei, dass sich das Standing Committee darauf verständigt habe, die Resolution zu beiden Themen nicht länger als maximal zwei Seiten ausfallen zu lassen. Wichtig sei die Betonung des integrativen Ansatzes, der im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht so stark zum Ausdruck komme.

LD Dr. Schöning führt weiter aus, die Ostseeparlamentarierkonferenz-Entscheidungen basierten auf allen Ebenen auf Konsens. Er plädiert aus diesem Grund dafür, keine bindenden Beschlüsse zu fassen, da dies nicht eins zu eins übernommen werden könne. Es sei ursprünglich geplant gewesen, dass das Extended Standing Committee am 14. und 15. Februar 2007 in

Stockholm tagen solle. Dieser Termin stehe allerdings noch nicht fest, da der schwedische Außenminister diesen Termin noch nicht bestätigt habe. Es sei möglich, dass die Tagung des Extended Standing Committee ausgesetzt werde, bis ein adäquater Gesprächspartner zur Verfügung stehe. Dies bedeute, dass für die Behandlung des Themas mehr Zeit zur Verfügung stehe.

Abg. Spoorendonk betont, bei der Ostseeparlamentarierkonferenz handele es sich nicht um ein Parlament, sondern um eine Konferenz von Parlamentariern. Die Aufgabe der nationalen Parlamente bestehe darin, die auf der Ostseeparlamentarierkonferenz beschlossenen Leitlinien umzusetzen. Wichtig sei eine Fixierung in den Leitlinien, die eigentliche Arbeit müsse aber auf Parlamentsebene stattfinden. Sie weist zu den Ausführungen von LD Dr. Schöning darauf hin, dass es ein Kooperationsabkommen zwischen Ostseeparlamentarierkonferenz und Ostseerat gebe. Das Handeln des schwedischen Außenministers sei ein Beispiel für Regierungsarroganz, die nicht hinnehmbar sei. Zu dem vorliegenden Antrag betont sie, sie habe sich nicht gegen einen fraktionsübergreifenden Beschluss stellen wollen, sei mit dem Antrag aber nicht in vollem Umfang einverstanden. Deshalb schlage sie die Ablehnung des Antrags vor.

Abg. Matthiessen hebt hervor, dass auch das Interesse der Bundesregierung an Meerespolitik lange Zeit nur begrenzt vorhanden gewesen sei. Diese Zurückhaltung sei nun aber überwunden. Er räumt ein, bei der Beschlussfassung sei zu berücksichtigen, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz konsensuale Beschlüsse fasse. Dennoch sei es wichtig, den Charakter der gemeinsamen parlamentarischen Zusammenarbeit zu stärken, indem man Initiativen auf parlamentarischer Ebene auf den Weg bringe.

Abg. Fischer unterstützt eine Anregung des Abg. Dr. Klug, sich in einer der nächsten Sitzungen in einem gesonderten Tagesordnungspunkt vom Landtagspräsidenten berichten zu lassen, wie er die Bedeutung der Ostseeparlamentarierkonferenz sehe. Darüber hinaus spricht er sich ebenfalls dafür aus, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen und stattdessen einen interfraktionellen Antrag einzubringen.

Abg. Spoorendonk begrüßt die Idee, einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen vorzulegen und unterstützt ebenfalls, den Landtagspräsidenten zu einer der kommenden Sitzungen einzuladen, um zu hören, wie sich seiner Ansicht nach der Land Schleswig-Holstein künftig in Fragen der Ostseekooperation positionieren wolle.

LD Dr. Schöning schlägt vor, in der Frage des Verhaltens des schwedischen Außenministers den Vorsitzenden des Extended Standing Committee, Staatssekretär Franz Tönnies, zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen. Er habe auch einen sehr engen Kontakt zu schwedischen

Parlamentariern. Dieser habe anklingen lassen, dass das Verhalten der schwedischen Regierung nicht zu tolerieren sei und man sich nicht mit beliebigen Gesprächspartnern zufrieden geben wolle.- St Tönnes habe darüber hinaus erwirken können, dass sowohl der Bundesaußenminister als auch die Bundeskanzlerin an der Konferenz teilnehmen werden.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zu den Prozeduren der Einreichung von Themen bei der Ostseeparlamentarierkonferenz führt LD Dr. Schöning aus, diese würden in der Regel vom gastgebenden Land vorgeschlagen, es bestehe zudem die ungeschriebene Regel, keine Thema gegen den Willen des Gastgeberlandes zu behandeln. Zur Einbringung von Themen sei die Nutzung von insbesondere in Schleswig-Holstein gut ausgebauten Netzwerken sinnvoll. Das Gastgeberland der nächsten Ostseeparlamentarierkonferenz stehe noch nicht fest. Es sei Estland im Gespräch.

Auf die Frage des Abg. Matthiessen, aus welchem Grund der Antrag abgelehnt werden solle, führt die Vorsitzende aus, er sei zu lang und enthalte Punkte, die die Koalitionsfraktionen nicht mittragen könnten. Die Punkte, die schon im Grünbuch „Meerespolitik“ genannt seien, müssten außerdem nicht noch einmal wiederholt werden. Das Thema „Landanschluss für Schiffe“ sei zentral, wenn dieser Punkt durch andere Länder mitgetragen werde, wäre das ein sehr guter Erfolg. - Abg. Matthiessen zieht daraufhin den Antrag Drucksache 16/1140 zurück.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation in der Region Syddänmark/Schleswig: Leuchtturmprojekte in der deutsch-dänischen Grenzregion

Berichterstatter: St Heinz Maurus, Chef der Staatskanzlei

St Maurus führt zur Ausgangslage der grenzüberschreitenden Kooperation aus, in der Regierungserklärung vom 25. Mai 2005 sei hervorgehoben worden, dass der Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation mit Süddänemark sehr hohe Priorität habe. Auch der Auslandsbesuch des Ministerpräsidenten Carstensen vom 16. bis 18. Januar 2006 in Kopenhagen habe die hohe Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit deutlich gemacht. Bei diesem Besuch sei das Thema in verschiedenen Ministerien angesprochen worden.

Bereits in der letzten Legislaturperiode seien Gespräche, unter anderem mit dem Danfoss-Chef Mads Clausen, geführt worden, der immer wieder auf das hohe Potenzial der Grenzregion hingewiesen habe. Um das vorhandene Potenzial zu mobilisieren und Ideen zu entwickeln, habe die Landesregierung unterschiedliche Workshops, unter anderem mit Industrie- und Handelskammern und Vertretern von Politik, Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen, durchgeführt. Mit der Reform der Gebietsstrukturen in Süddänemark gebe es gute Aussichten auf eine bessere Zusammenarbeit als in der Vergangenheit. Die Region Süddänemark definiere ihren Entwicklungsraum bis Hamburg. Man wolle Entwicklungsplanung betreiben und ausloten, wie man grenzüberschreitende Zusammenarbeit und regionale Entwicklung gemeinsam betreiben könne.

Das Ergebnis der Workshops seien fünf Projekte gewesen, die unter anderem zum Ziel hätten, einen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit in der Region zu leisten. Sie seien dabei nur als Anfang zu verstehen.

Erstens solle die Grenzregion im Rahmen des Projekts „Internationale Energieregion erneuerbare Ressourcen“ als weltweit einzigartige Technologieregion im Bereich regenerative Energien profiliert werden. Das Finanzvolumen werde sich knapp unter 10 Millionen € bewegen. Dabei sollten vorhandene Projektansätze miteinander verknüpft werden und fehlende Elemente ergänzt werden. Es gehe vor allem um Projekte im Rahmen von konkreten wirtschaftsbezogenen Einzelvorhaben, Ausbau von Forschung und Entwicklung, die berufliche Aus- und Weiterbildung, die Durchführung von internationalen Kongressen und Veranstaltungen sowie

die Organisation und die Evaluation des Gesamtprozesses der Entwicklung der Technologieregion.

Das zweite Leuchtturmprojekt sei ein Logistik-Kompetenzzentrum Flensburg-Padborg auf Basis der gut ausgebauten Logistikbranche in Süddänemark, das mit einem Finanzvolumen von etwa einer Million Euro Potenziale der Branche bündeln solle. Die Region solle sich als Logistikknotenpunkt profilieren.

Das dritte Leuchtturmprojekt sei das Kollegium Mare Baltikum mit einem Finanzvolumen von rund 1,5 Millionen €. Es solle dazu dienen, Forschungsergebnisse zu vermitteln und ein Begegnungszentrum für Wissenschaft und Kultur darstellen. Zudem solle es mit Konferenz- und Seminarangeboten sowie Ausstellungen, die deutsch-dänische Wirtschaft unterstützen.

Als viertes Projekt nennt er aus dem Bereich des Tourismus den „Dom der Sinne“, das mit einem Finanzvolumen von rund 3,8 Millionen € ausgestattet sei. Es solle als Ergänzung und Erweiterung der Phänomenta dienen.

Das fünfte Projekt sei das länderübergreifende Kompetenznetzwerk Ernährungswirtschaft mit einem Finanzvolumen von einer Million Euro. Ziel sei die Optimierung von Verfahren und die Schaffung von mehr Verbraucherschutz.

Die Antragsteller seien nun aufgefordert, detaillierte Förderanträge für die einzelnen Projekte zu stellen und die Projektkonzeption in den jeweiligen Förderanträgen noch detaillierter auszuführen. St Maurus bietet an, dem Ausschuss zu gegebener Zeit noch einmal über die konkreten Projekte zu berichten. Durch die Neuorganisation in Dänemark habe sich auch viel Eigendynamik entwickelt. Insgesamt zeige sich, dass die Region sehr viel zu leisten in der Lage sei. Die IHK Flensburg habe ein grenzüberschreitendes Regionalmanagement eingerichtet, um Wachstum und Beschäftigung durch Verknüpfung bestehender und zukünftiger wirtschaftlicher Initiativen zu fördern. Diese Aktivitäten würden durch die im Oktober 2006 gegründete Entwicklungsagentur Nord vorangetrieben. Langfristiges Ziel sei es, die Aktivitäten in einer Agentur zusammenzuführen, dazu bedürfe es aber noch einiger Anstrengungen. Das verstärkte Engagement des Landes werde von dänischer Seite positiv aufgenommen. Die Landesregierung habe sich stets bemüht, für alle Akteure offen zu sein und diese zu ermutigen, sich zu engagieren. Sie wolle keine zu strikten Vorgaben machen, sondern der Region die Möglichkeit geben, ihr Potenzial zu erkennen und zu nutzen.

Geplant sei zudem eine Reise des Ministerpräsidenten mit einer Wirtschaftsdelegation mit insgesamt circa 70 Teilnehmern nach Süddänemark, deren Ziel es sei, neue Kooperationspart-

ner kennenzulernen und neue Projekte anzuregen. Themen seien Ernährung und Landwirtschaft, erneuerbare Energien, Tourismus, Gesundheit und Medizintechnik, Hochschulkooperation sowie Arbeitsmarkt.

Am 27. Juni 2007 werde der Regionsvorsitzende Holst mit Ministerpräsident Carstensen eine neue Kooperationsvereinbarung zwischen Süddänemark und Schleswig-Holstein abschließen, die sich auf beide Regionen beziehen solle. Die Philosophie der Kooperationsvereinbarung vom 15. Juni 2001 solle dabei erhalten bleiben, das weitere Engagement der Landesregierung werde sich an ihr orientieren.

Auf eine Frage des Abg. Ritzek führt St Maurus aus, die Kooperationsvereinbarung beziehe sich sowohl auf ganz Süddänemark als auch auf ganz Schleswig-Holstein, beide Regionen habe die Landesregierung im Blick. Die Akzentsetzung auf die unmittelbare Grenzregion sei bewusst gewählt worden, da die Entwicklung im Hamburger Umland ohnehin sehr dynamisch verlaufe. Er führt aus, er erwarte nicht, dass es zu Konflikten komme. Die in nächster Zeit anlaufende Entwicklungsplanung in Dänemark müsse zwischen den Kooperationspartnern abgestimmt werden. Notwendig sei die Schaffung von Schnittstellen, um Entwicklung miteinander vorantreiben zu können.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zu der Bedeutung von INTERREG-Mitteln betont St Maurus, dass alle Förderprogramme des Landes für diese Projekte eingesetzt werden könnten. In die jeweilige Projektumsetzung seien natürlich auch die Ressorts mit eingebunden.

Abg. Fischer begrüßt die Förderung der strukturschwachen Grenzregion durch Leuchtturmprojekte und möchte wissen, ob auf Dauer auch ein historisch-kulturelles Leuchtturmprojekt geplant sei. - St Maurus führt aus, man habe vonseiten der Staatskanzlei ein bestimmtes Projekt ins Auge gefasst, daneben gebe es viele kulturelle Aktivitäten in kleinerem Rahmen, die grenzüberschreitenden Charakter hätten.

Auf eine weitere Frage des Abg. Fischer führt St Maurus aus, die Frage eines möglichen Konflikts zwischen der K.E.R.N.-Region und Lübeck einerseits und dem nördlichen Landesteil andererseits in Bezug auf die Vergabe von INTERREG-Mitteln habe sich bisher noch nicht gestellt. Er empfiehlt, diese Frage mit dem Europaminister zu erörtern.

Zu der Frage der Konkurrenz zwischen den INTERREG-Regionen führt Abg. Spoorendonk aus, in der Grenzregion habe man genug Selbstbewusstsein, um den Vergleich mit anderen Regionen nicht zu scheuen. Sie betont weiterhin, dass es sich bei der Grenzregion um einen

bedeutenden Arbeitsmarkt handele. Dabei dürften kulturelle Unterschiede nicht vernachlässigt werden, zum Beispiel der Unterschied im Verständnis von Weiterbildung.

St Maurus hebt die Dynamik des jetzt stattfindenden Prozesses hervor, die auch dazu führe, dass neue Fragen gestellt würden. Die Grenzregion sei zudem nicht nur ein gemeinsamer Arbeitsmarkt, sondern auch ein gemeinsamer Markt. Das zeige sich unter anderem daran, dass einige Handwerker den überwiegenden Teil ihrer Aufträge im jeweils anderen Land erfüllten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- Verfahrensfragen: EU-Bürgeranhörung und Nordseekooperation

Zur **Bürgeranhörung** führt die Vorsitzende aus, der Landtagspräsident habe die bereits geplante große Bürgeranhörung nicht genehmigt, sie schlage deshalb ein Treffen der Arbeitskreissprecher mit dem Landtagspräsidenten am Rande der nächsten Landtagstagung vor.

Der Sinn des Antrags bestehe nicht darin, im Europaausschuss nur Vertreter der Europaunion anzuhören. Vonseiten der Europaunion habe man sich aber bereit erklärt, an einer Bürgerbefragung mit Hilfe eines Fragebogens mitzuwirken.

Abg. Spoorendonk zeigt sich befremdet darüber, dass der vom Ausschuss beschlossene Antrag vom Landtagspräsidenten in Frage gestellt werde. Sie sei sich nicht bewusst, dass dies im Einklang mit der Geschäftsordnung stehe. Der SSW sei nicht an einer normalen Anhörung im Europaausschuss interessiert und wolle sich – sollte es darauf hinauslaufen – nicht mehr an diesem Antrag beteiligen.

Abg. Fischer weist darauf hin, dass das Verfahren zügig auf den Weg gebracht werden müsse.

Zum Thema **Nordseekooperation** schlägt Abg. Fischer vor, im Laufe des Jahres eine Anhörung mit Menschen durchzuführen, die in der Nordseekooperation aktiv seien. Es gebe vor allem in den Niederlanden und Großbritannien eine Reihe von Wirtschaftsaktivitäten, die für den Europaausschuss interessant sein könnten. Der Ausschuss beschließt, diese Anhörung durchzuführen.

Im Bericht zur Nordseekooperation – so führt Abg. Dr. Klug aus – werde das EU-Programm Kultur 2000 und eine Anschlussprogrammgestaltung Kultur 2007 erwähnt, mit denen länderübergreifende Projekte verwirklicht werden sollten. Der Landesmusikrat habe ihm die Auskunft erteilt, man sei dort sehr an länderübergreifenden Musikprojekten interessiert. Abg. Dr. Klug bittet das Ministerium, dem Ausschuss Informationen über das Kulturprogramm zur Verfügung zu stellen, damit diese an die entsprechenden Kultureinrichtungen weitergeleitet werden können.

Abg. Höfs setzt den Ausschuss darüber in Kenntnis, dass die CDU-Fraktion den Termin zur Reise nach Brüssel vom 1. bis zum 3. Oktober 2007 nicht wahrnehmen könne, was dazu führe, dass diese Reise nicht stattfinden werde. Ein neuer Termin solle mittelfristig bestimmt werden.

Zum Testlauf zur Subsidiaritätsanalyse setzt RL Schmidt Holländer den Ausschuss über den aktuellen Sachstand in Kenntnis. Sie regt an, den Europaminister zu bitten, im derzeitigen Testlaufverfahren Widerspruch einzulegen, um auch diesen Teil der Abläufe zu überprüfen.

Dazu eigne sich ihrer Ansicht nach die Tatsache, dass der AdR in seiner Stellungnahme abweichend von der Bundesratsstellungnahme unberücksichtigt gelassen habe, eine Probephase mit dem europäischen Qualifikationsrahmen durchzuführen.

Ergänzend zur Diskussion um den Subsidiaritätstestlauf weist LD Dr. Schöning darauf hin, dass die Prozeduren und weniger die Inhalte im Fokus des bisherigen Vorgehens stünden. Es stelle sich die Frage, ob die Landtage innerhalb der kurzen Fristen überhaupt in der Lage seien, sich zu positionieren. Interessant sei darüber hinaus die Frage, inwiefern es für einzelne Mitglieder des Ausschusses der Regionen möglich sei, ausreichend Verbündete zu finden, um Widerspruch gegen einen vorgelegten Bericht einzulegen.

Der Ausschuss kommt überein, dem von der Verwaltung unterbreiteten Verfahrensvorschlag zu folgen und den Minister zu bitten, ein Widerspruchsverfahren auf den Weg zu bringen.

Abg. Dr. Klug weist in diesem Zusammenhang auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion, Drucksache 16/1106, zum Thema „Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein“ hin, die sich unter anderem auch mit dem europäischen Qualifikationsrahmen befasse. Eine Befassung sei vor allem auch im Bildungsausschuss notwendig.

Des Weiteren schlägt Abg. Dr. Klug vor, den Landtagspräsidenten zur Vorbereitung der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee im Ausschuss anzuhören. Darüber hinaus regt er an, sich in einer der kommenden Ausschusssitzungen auch noch einmal mit der Frage des Ausgangs der Wahlen in den Wojewodschaften in Polen auseinanderzusetzen.

LD Dr. Schöning trägt die Bitte des Abg. Hay aus dem Ältestenrat vor, möglichst zeitnah diejenigen Abgeordneten zu bestimmen, die zum Parlamentsforum Südliche Ostsee mitreisen wollten, da dieser Termin mit einer Fraktionsreise der SPD kollidiere. Abg. Fischer bittet darum, noch einmal den Ablauf des Verfahrens dargestellt zu bekommen. - LD Dr. Schöning

weist darauf hin, dass dies nur auf Fraktionsebene geleistet werden könne, da die Entscheidungen politisch relevant seien.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin